

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Presse. 1890-1944 1921**

429 (15.9.1921) Mittagausgabe



Verlags-Bretter:
In Karlsruhe: Am Verlag
und in den Abteilungen abgedruckt
monatlich M. 6.—, frei ins Haus
geliefert M. 6.75.

Badische Presse

Handels-Zeitung.

Verbreitetste Zeitung Badens.

Beilagen: Sportblatt / Technik u. Industrie / Frauenzeitung / Steuer-Rundschau / Feld u. Garten / Reise- u. Bäderzeitung / Volk u. Heimat

Eigentum und Verlag von
Karl Schreiber.
Hauptredaktion:
Ganns Walthers Schneider.

Die bayerische Kabinettskrise.

Berlin, 14. Sept. Wie die Blätter aus München melden, hat die Bayerische Volkspartei gestern zwei Fraktionsversammlungen abgehalten, von denen die zweite noch in den Abendstunden dauerte. Nach dem Ergebnis der Beratungen wird mit Bestimmtheit darauf gerechnet werden können, daß die Bayerische Volkspartei nicht mehr mit dem Erlaß von Herrn v. Kahr herantreten wird, auf seinem Posten zu bleiben. Da auch die Demokraten sich an einem Kabinetts v. Kahr nicht mehr beteiligen wollen, kann man also schon mit Bestimmtheit sagen, daß eine Rückkehr Kahrs nicht mehr erwartet wird.

Die „München-Augsburger Abendzeitung“ will von zuverlässiger Seite erfahren haben, daß die preussische Regierung die von der bayerischen Regierung und Landtag formulierte Forderung auf Verrückung der Verordnungen des Reichspräsidenten vom 29. August aufs wärmste unterstützt hat, jedoch Preußen und Bayern in der Frage der Abänderung der Reichsverordnung eine Einheitsfront bilden. Aus parlamentarischen Kreisen wird dem „Berl. Tagbl.“ mitgeteilt: Obwohl die Lage in München noch ungeklärt ist, wird die für Donnerstag einberufene Sitzung des Ueberwachungs Ausschusses des Reichstages, die sich mit der bayerischen Frage zu befassen hat, voraussichtlich nicht verlagert werden. Es ist anzunehmen, daß die Sitzung ganz kurz sein wird.

München, 14. Sept. Aus Kreisen der demokratischen Landtagsfraktion wird den „Münchener Nachrichten“ mitgeteilt, es sei endlich ein besseres Verhältnis zwischen Bayern und dem Reich hergestellt worden. Diese Gesichtspunkte werden nach wie vor für die demokratische Landtagsfraktion maßgebend bleiben, auch für den Fall, daß sie sich bei der Neubildung des Kabinetts wieder zu beteiligen hätte. Mit der durch den Rücktritt des Gesamtministeriums geschaffenen neuen Lage und der dadurch notwendig gewordenen Neubildung der Staatsregierung habe sich die Fraktion überhaupt noch nicht beschäftigt.

Einberufung des Bayerischen Landtags.

München, 15. Sept. (Drahtbericht.) Der Bayerische Landtag wird heute wahrscheinlich vom Reichsausschuß auf den 21. September einberufen.

Der Verfassungsausschuß tagt heute.

Berlin, 14. Sept. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Bis zur zehnten Abendstunde sind in Berlin noch keine amtlichen Nachrichten aus München eingetroffen, so daß es der Reichsregierung nicht möglich war, zu der nach wie vor immer noch außerordentlich heftig diskutierten Frage Stellung zu nehmen. Die ursprünglich vorgesehene Kabinettsitzung hat aus diesem Grunde nicht stattgefunden. Man hofft in unterrichteten Kreisen, daß wenigstens im Laufe des morgigen Tages Nachrichten aus München eintreffen, weil um 10 Uhr der Verfassungsausschuß des Reichstages zur Beratung zusammentritt. Wie bei den früheren Sitzungen werden auch die meisten Kabinettsmitglieder an dieser Sitzung teilnehmen. Außerdem haben sich eine Menge führender Parlamentarier zu der Sitzung angefangt.

Die Mörder Erzbergers.

München, 14. Sept. Bis zum Mittwochabend sind in der Mordaffäre Erzberger im Ganzen 10 Personen verhaftet worden, und zwar 9 in München und 1 auf der Fahrt von Augsburg nach München. Gegen sämtliche Personen sind Haftbefehle erlassen worden. Außerdem sind heute morgen namentlich aufgeführt 7 Verhafteten befinden sich noch in Haft: der Student Ulrich Klinsch, der Student Wilhelm Bollinger und der Student Karl Sibel. Sämtliche Verhafteten werden demnächst nach Offenburg gebracht, um dem Untersuchungsrichter vorgeführt zu werden; auch der auf der Fahrt von Augsburg nach München verhaftete Student Bollinger. Die Polizei hatte Kenntnis erhalten, daß Klinsch den Bollinger in München am Bahnhof erwartete, um ihn zu warnen. Sie nahm den Klinsch am Bahnhof fest, um jede Verbindung mit Bollinger zu verhindern. Bollinger besaß unter der Firma eines Holzverwertungsgeschäftes in der Trautengoldstraße eine Wohnung von drei Zimmern. — Die Mitteilung, daß von außerbayerischer Polizei bei Dr. Heim in Hausjuchung abgehalten worden sei, um ihn in die Angelegenheit hineinzuziehen, ist, wie die badische Generalstaatsanwaltschaft mitteilt, völlig aus der Luft gegriffen. Die Hausjuchung galt nicht Dr. Heim, sondern Schulz und Tillesen, die in Regensburg bei Dr. Heim studierten. Es wurde lediglich das Zimmer durchsucht, in dem die beiden gewohnt hatten. Daß von Klinger dem Schulz zur Flucht verholfen hat, ist dadurch erwiesen, daß er ihn im Auto zur Bahn brachte. Die badische Polizei ist zurzeit mit der Durchsuchung des beschlagnahmten Gepäcks der Verhafteten beschäftigt. Bei den Hausjuchungen wurde auch ein Revolver gefunden.

Heute abend traf beim Generalstaatsanwalt ein Schreiben aus Italien ein, das in italienischer Sprache kurz die Mitteilung enthielt, halten uns in Mailand auf. — Der Brief hat keine Unterschrift. Es muß erst untersucht werden, ob es sich um eine Missifikation handelt.

Der „Berliner Lokalanzeiger“ berichtet über das Vorleben von Schulz und Tillesen, beide seien ein Jahr lang, vom Mai 1920 bis 1921, in der großen landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft in Regensburg zur Erlernung eines neuen Berufes als bezahlte Koloniere aufgenommen gewesen. Dr. Heim, Generaldirektor der Regensburger Genossenschaft, erklärte, daß im Betriebe der Regensburger Zentralgenossenschaft unter anderem doppelt soviel Schwerbeschädigte beschäftigt wurden, als es Gesetz verlangt und zwar ohne Ansehen der Konfession und Partei. Schulz und Tillesen haben dort völlig juridisches gelernt und werden als Beschäftigte und zurückhaltend geschuldet. Heinrich Schulz, Sohn eines verstorbenen Arztes, hat in einer Maschinenfabrik in Saalfeld gelernt und ist 1914 als Kriegsfreiwilliger eingetreten. Er wurde zweimal verwundet. Am 11. Januar wurde er zum Reserveoffizier befördert und war Kompanieführer und Bataillonsadjutant. Im September 1918 ist er in den Beurlaubtenstand übergetreten und war kaufmännisch beschäftigt, bis er sich Ende April 1919 bei der Sturmkompanie der zweiten Berliner Brigade meldete. Mit dieser hat er an den Kämpfen in München und Oberschlesien teilgenommen. Heinrich Tillesen ist der Sohn des verstorbenen Generalleutnants a. D. Carl Tillesen. Er wurde im April 1912 Secedant und hat während des Krieges als Oberleutnant auf verschiedenen Kriegsschiffen und bei der neunten Torpedoflotte Dienst getan. Vom November 1918 bis zum Juni 1919 war er in Scapa Flow interniert. Vom Juli 1919 bis Ende Januar 1920, war er in englischer Kriegsgefangenschaft und im März 1920 trat er bei der zweiten Marinebrigade ein.

München, 14. Sept. Zu den Verhaftungen in der Angelegenheit des Erzberger-Mordes werden noch folgende Einzelheiten

berichtet: Der für die Strafverfolgung der Mörder Erzbergers zuständigen badische Staatsanwalt Burger aus Offenburg weilt seit Freitag voriger Woche in München, um dort, unterstützt durch den gleichfalls nach München gereisten Generalstaatsanwalt Schlimm die Spuren der Mörder weiter zu verfolgen. Im Zusammenwirken mit württembergischen Polizeikräften und im engen Benehmen mit den bayerischen Justiz- und Polizeibehörden konnten die Namen und die Personalien der flüchtigen Mörder festgestellt werden. Hierbei wurde auch festgestellt, daß der an der Mordtat beteiligte Student Tillesen schon Ende des vorigen Monats aus München verschwunden ist, während der andere, der Kaufmann Heinrich Schulz erst in den letzten Tagen mit Unterstützung eines seiner Seldersöhner, eines gewissen Majors, entkommen ist. Dieser Major und andere verdächtige Personen sind inzwischen verhaftet worden. Die Untersuchung hat ferner ergeben, daß die beiden Mörder mit einer größeren Organisation zusammenhängen. Mehrere ehemalige Angehörige der Brigade Ehrhardt sollen in die Tat ebenfalls verwickelt sein. Neue Verhaftungen sollen bevorstehen.

Keine alten Marineoffiziere.

Berlin, 14. Sept. In die Meldung über die Verhaftung einer Anzahl Personen, die angeblich in Beziehungen zu der Ermordung Erzbergers stehen, wird in einem Blatt die Behauptung geknüpft, es befänden sich aktive Offiziere von der Marine darunter. Das Reichswehrministerium teilt hierzu mit, daß keine der verhafteten Personen sich aktiv im Dienste der Reichsmarine befindet. Sollten einzelne unter ihnen tatsächlich früher der Marine angehört haben, so sind sie jedenfalls schon lange Zeit aus dem aktiven Dienst ausgeschieden.

Ist das der Täter?

Berlin, 14. Sept. Mehrere Blätter melden aus Potsdam: In das Büro des von den Selbstschutzorganisationen her bekannten Justizsekretärs Oppermann kam gestern abend ein Mann, der Unterstützung und Reisegeld erbat. Er befand sich auf der Flucht, sei ein Leutnant Curt Hüher und sei der Mörder Erzbergers. Oppermann benachrichtigte die Polizei. Der Mann ließ sich ruhig festnehmen. Seine Personalbeschreibung deckt sich annähernd mit dem Signalement eines der Mörder.

Die „Kote Fahne“ verboten.

Berlin, 14. Sept. Durch Verordnung des Reichsministers des Innern ist die in Berlin erscheinende „Kote Fahne“ vom 15. bis 17. Sept. und in Göttingen erscheinende „Göttinger Volksblatt“ vom 17. bis 22. Sept., beide auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. Aug. verboten worden.

Am Westungarn

Paris, 14. Sept. (Eigener Drahtbericht.) Der „Intrantsant“ spricht heute hinsichtlich der Weigerung Ungarns, die westlichen Komitate abzutrennen, von einem peinlichen Ereignis, das eine schnelle Regelung herbeiführt. Man müsse die Anstrengungen der italienischen Regierung billigen, die darauf abgesehen, die Notwendigkeit eines sofortigen Einnehmens über die wirtschaftlichen, oder wenn nötig über die militärischen Maßnahmen gegen Ungarn zu beweisen. Eine Intervention mit Waffengewalt von der Tschechoslowakei und Südslawen würde einem starken Widerstand begegnen und drohe, Angelegenheiten zur Folge zu haben, von denen die geringste wäre, daß es große Schwierigkeiten haben würde, die tschechoslowakischen und die südslawischen Seere, die in provisorischer Weise ungarisches Gebiet besetzt hätten, zum Rückzug zu bewegen. Jeder der Alliierten sei im Rechte, über diese Frage seine eigene Meinung zu haben. Aber niemand werde bestreiten, daß in dieser Angelegenheit, die von größter Wichtigkeit sei, alle Meinungsverschiedenheiten aus der Welt zu schaffen seien, damit man zu einer Einigung gelangen könne.

Wien, 14. Sept. (Drahtbericht.) Der italienische Minister des Aeußeren della Torretta ist heute morgen von Wien abgefahren. Es wird in einem offiziellen Communiqué erklärt, daß die Aussprache des Ministers mit dem Bundeskanzler Schöber über die aktuellen Fragen der Politik eine vollkommen übereinstimmende ergeben habe. Inzwischen haben die Zone A von Westungarn geräumt. Oesterreich befehlt jedoch darauf, daß Ungarn ganz Westungarn räumt und der Entente übergibt, welche ihrerseits Westungarn an Oesterreich zu übergeben hat.

Der Str- it um Wilna.

Genf, 14. Sept. Auf den von Hyman-Belgien am 3. September vorgeschlagenen Einigungsentwurf zwischen Polen und Litauen erwiderte die litauische Regierung folgendes: Sie will den Plan in seinen großen Zügen annehmen, unter Vorbehalt folgender Veränderungen:

- 1. Litauen verlangt westlich von der Curzon-Linie Punsz, Seimn und die Stadt Grodno;
2. Die Grenzlinie zwischen dem autonomen Kanton Wilna und dem übrigen litauischen Gebiet soll der Gemarkungslinie des Marschalls Koch 10 Kilometer westlich der Eisenbahn Wilna-Dünaburg folgen;
3. Litauen ist bereit, dem Gebiet von Wilna eine autonome Verwaltung zuzuerkennen, ohne ihm jedoch so weitgehende Rechte einzuräumen, wie sie ein Schweizer Kanton besitzt. Litauen behält sich vor alle seine Befugnisse mit Bezug auf Sprache, Unterricht, Religionswesen und die örtliche Verwaltung vor;
4. fordert Litauen die Ergänzung der Armee auf Grund eines gemeinsamen Militärgesetzes;
5. Die litauische Sprache ist die alleinige Amtssprache; dagegen erhält der Landtag von Wilna das Recht, das Polnische an den Grenzen seines Landes als Amtssprache zu führen;
6. Litauen stimmt der Schaffung eines gemeinsamen Staatssekretariats des Aeußeren zu, das aus Beamten bestehen soll, die von beiden Regierungen gestellt werden;
7. Die polnische Regierung erinnert ihrerseits daran, daß sie die Resolution des Völkerbundsrates vom 28. Juni angenommen hat, die den beiden Ländern den ersten Vorentwurf, den Hyman am 20. Mai ausgearbeitet hatte, als Verhandlungsgrundlage empfiehlt. Es ist bereit, ohne Aufschub die Verhandlungen auf dieser Grundlage aufzunehmen, falls die litauische Regierung keine Schwierigkeiten mehr macht.

London, 14. Sept. Amtlich wird aus Dublin gemeldet, daß der Eiermann heute die Antwort an Lloyd George und die Ernennung von fünf Delegierten einstimmig gebilligt hat. Die Antwort ist noch nicht veröffentlicht worden.

Oberschlesien vor dem Räte der Völker.

Ueber dieses Thema sprach Dienstag abend Pastor Dr. Juhz aus Breslau im Kreise der hiesigen heimattreuen Oberschlesier. Der Redner erinnerte zunächst an das große Erlebnis der Abstimmungs-fahrt in den Märztagen. Ein Land, das so verteidigt wurde, kann nicht verloren gehen. Ueber das Abstimmungsergebnis selbst machten sich Eingeweihte, die wußten, mit welchen Mitteln die Polen arbeiteten und wie leichtgläubig ein Teil der ober-schlesischen Bevölkerung den polnischen Versprechungen Gehör schenkte, allerdings keine allzu großen Hoffnungen. Trotzdem haben wir über eine Zweidrittelmehrheit, genau 67 Proz. der Stimmen erreicht und damit den Sieg errungen. Redner untertrieb mit besonderem Nachdruck, daß Oberschlesien ein unteilbares Ganzes sei, daß eine Teilung schon aus Gründen der Wasserverorgung gar nicht möglich wäre; denn sämtliche ober-schlesischen Industrieorte hängen in dieser Beziehung vom Wohlstand ab. Wenn nun die Polen in der Mehrheit geblieben wären, so glaubt Redner, daß es keine acht Tage gedauert hätte, um vom hohen Rat zu hören: Oberschlesien bleibt ungeteilt polnisch. Jetzt gerichtet man sich vor dem Völkerbundsrat immer noch den Kopf lebendig, weil wir den Sieg zu buchen haben.

Dr. Just kam dann auf die furchtbare Zeit des Mai Juni-Aufstandes zu sprechen, der Oberschlesien hart an die Grenze der Vernichtung brachte. Die Tausende von Flüchtlingen, ihre ungeheure Angst, ließen nur zu deutlich erkennen, was damals in Oberschlesien vor sich gegangen ist. Ein Beispiel: Der Bahnhof Kosenberg, gleichsam die Eintrittspforte zu den ober-schlesischen Landen, wurde durch Dynamit in die Luft gesprengt. Nur durch Zufall blieben Rathaus, Landratsamt und Kirche verstant; sie waren mit einer Dynamitladung unterminiert, die ausgereicht hätte, ganz Kosenberg in Trümmer zu legen. Der Randezwiler Bahnhof wurde bis zum Ausherkeln von den Deutschen verteidigt und ging nur dadurch an die Polen verloren, daß die Franzosen schamlos die Last üben anfast wie es ihre Pflicht gewesen wäre, in diesem Fall auf die Seite der Deutschen zu treten. Redner erzählte weiter von den Greuelen an der Poles, so von dem Gemetzel südlich von Kattowitz, wo 12 Gendarmen einfach abgeschlachtet und in den Graben geworfen wurden. Das sei die große Schuld der Franzosen, daß sie sich nicht unparteiisch verhalten haben. Was ist es möglich, daß die Franzosen mit den Polen gemeinsame Sache machen? Sie müssen sich doch sagen, daß wir ohne Oberschlesien niemals die von uns verlangten Milliarden zahlen können. Er, Redner, glaubt nicht, daß die Franzosen im Ernst daran denken und hoffen, daß sie jemals uns ganz Oberschlesien nehmen können. Welt sei die Widerstände Englands, Italiens und Japans kennen, so wollen sie ihre ungeheuren Revanchegelüste befriedigen, indem sie Oberschlesien verwerfen. Darum wurden die Polen gelehrt, die allein den Einfall nicht gewagt hätten.

Redner führte in seinen weiteren Ausführungen aus: „Der hohe Rat hat sich nicht einigen können. Lloyd George ist zum ersten Mal hart geblieben, offenbar weil die englische Hochfinanz in hohem Maße an der ober-schlesischen Industrie interessiert ist. Es braucht nicht geleugnet zu werden, daß großes englisches Kapital in Oberschlesien ruht. England weiß, daß es bei der polnischen Wirtschaft alles verlieren würde, was deutsche Ordnung, deutsche Intelligenz und deutscher Fleiß erhalten. Wir machten im August 1914 den großen Fehler, daß wir nicht als allererstes einen großen Pump bei Amerika aufnahmen, um es so an unserm Siege zu interessieren. Heftig liegen die Dinge bezüglich Oberschlesien. Wir haben allen Grund, England an Oberschlesien zu interessieren. Heute rettet uns lediglich das Interesse der Geshgeber der Welt an ober-schlesischer Erde und Schätzen. Der hohe Rat hat sich dem Völkerbundsrat untergeordnet. Ich glaube, daß wir Enttäuschungen erleben werden. Man sprach von einer günstigen Wendung für Oberschlesien. In Wirklichkeit scheint sich in den letzten 8 Tagen der Sieg Lloyd Georges zu einem Siege Briandens auszuwirken. Was wird aus der Sache herauskommen? Wenn die Franzosen nichts gewinnen, dann ziehen sie die Sache hinaus; denn General Verand und viele Andere möchten einwilligen noch ihre sehr gutbezahlten Posten behalten. In Frankreich gibt es viele Arbeitslose und der französische Staat sieht sich aus Sparansgründen sogar gezwungen, seinen Beamtenapparat um 40 000 Köpfe zu verringern. Da kann noch mander nach Oberschlesien abgeschoben werden, um auf unsere Kosten zu leben. Japan hat sich immer und überall als Freund Deutschlands erwiesen. Es verschaffte uns durch seine entscheidende Stimme die Volksabstimmung und die Möglichkeit, statt in Köln in Oberschlesien selbst abstimmen zu dürfen. Japan steht auch jetzt wieder auf der Seite Deutschlands. Der zweite Freund ist Italien, das die ober-schlesische Kohle braucht. Dann folgt England. So besäßen wir bisher noch einige Garantie für uns; denn Frankreich konnte nichts machen. Nun sind aber im Völkerbundsrate die vielen kleinen Staaten vertreten, auf deren Zuverlässigkeit gar keine Hoffnung gesetzt werden kann. Wir wissen nicht, welche Versprechungen diese von den Großen abhängigen Staaten erhalten, wissen nicht, was hinter Kulissen spielt. Diese Wendung bereitet uns große Sorge. Deshalb müssen wir noch einmal schreien so laut wir können. Wir können den Franzosen nichts Schlimmeres erwischen, als in alle Welt hinauszurufen: Hier in Oberschlesien begehen die Franzosen das unerhörteste Unrecht! Sie werden die Stimme des neutralen Auslandes nicht unbeachtet lassen. Wir dürfen uns nicht dabei beruhigen, unsere Pflicht am Abstimmungstage getan zu haben; wir müssen, wo wir können, die Volksseele beeinflussen. Leider gibt es noch Millionen in Deutschland, die kein Verständnis dafür haben, was auf dem Spiele steht. Jeder Deutsche muß es als seine Sache ansehen, was im Völkerbundsrat geredet und beschlossen wird. Wir wollen keinen Zweifel lassen an unserer Forderung, daß das ungeteilte Oberschlesien ungeteilt bleibt. Was bedeutet es, wenn sie uns Weis und Abbit nehmen? Es bedeutet, daß alle diese Gebiete, aus denen wir in den nächsten 500 Jahren noch Kohlen fördern können, an Polen kommen, während der Boden verbleibt, der bereits beträchtlich abgebaut ist. Unsere Kinder werden frieren. Reicht uns so die ober-schlesische Kohle noch 1600 Jahre, so hätten wir im anderen Falle nur noch einen Vorrat auf 60 Jahre. Es kommt alles darauf an, die Zukunftsmöglichkeiten zu erhalten und nicht einen Teil der Tür zu schließen, der, wenn es ihm paßt, uns überfallen und weiteres Land nehmen kann. Auch darf Oberschlesien nicht, wie die Franzosen wünschen, zu einem zweiten Balkan werden, wo ständig Gärung und Unruhe herrschen, die das Land zum Kriegsherd machen. Um der Zukunft und des Friedens unserer Kinder willen müssen wir um ein ungeteiltes Oberschlesien kämpfen. Die Franzosen am Rhein würden ruhig zusehen, wie sich Polen und Deutsche zerfleischen. Das Volk muß die Augen öffnen, das deutsche Herz sich erwärmen für den äußersten Sidosten des Reiches. Verliert Deutschland Oberschlesien, so wird es sterben müssen. Weil wir aber leben wollen, weil unsere Kinder eine erträg-



ische Zukunft haben wollen, deswegen erheben wir noch einmal den kühnen Ruf: Ganz Oberschlesien bleibe deutsch!

Den begeisterten Beifall, welcher der Rede folgte, verdiente der Vorsitzende der hiesigen Ortsgruppe, Herr Kawuschke, in das Selbstnis, nach wie vor in Treue und Liebe zur Heimat zu stehen. Er gab hierauf eine Reihe von Dankschreiben für die Liebesgaben bekannt, vornehmlich aus Lublitz, wo die Not am größten war. Zur Warnung teilte Herr Kawuschke mit, daß verschiedentlich Leute im Lande herumreisen, die sich fälschlicherweise als Oberleser ausgeben und die Unterstützung der Ortsgruppen in Anspruch zu nehmen versuchen. Eine bedauerliche Erscheinung. So hat erst kürzlich ein angeblicher Flüchtling die Landesgruppe Mannheim um 320 Mark geprellt, unter dem Vorwand, nach Magdeburg in Stellung zu gehen. Statt dessen ließ er sich wohl sein, fuhr nach Konstanz und erledigte die dortige Kasse um weitere 300 Mark.

**Die oberlesischen Arbeiten.**

Dr. A. Genf, 14. Sept. (Drahtbericht unseres eigenen Berichterstatters.) Die Rede Bourgeois auf dem Kongress des Völkerbundes und besonders seine Äußerungen über Oberschlesien geben einem Teil der Pariser Presse Anlaß zu heftiger Klage. Die „Action Française“ und andere nationalistische Blätter klagen sogar Bourgeois an, in Genf die Interessen Frankreichs verraten zu haben. Bourgeois selbst sieht sich veranlaßt, durch ein Telegramm des Genfer Savas-Korrespondenten seiner Rede noch einen Kommentar anzufügen. Das Savas-Telegramm besagt, daß, wenn sich Bourgeois mit so viel Zuversicht über den Stand der oberlesischen Frage geäußert habe, er damit nur sein Vertrauen in den Gerechtigkeitssinn der Genfer Versammlung ausdrücken wollte. Wenn man seinen Worten darüber hinaus noch eine größere Bedeutung zuschreiben wollte, so sei dies ein Irrtum. Die Arbeiten des Rates und besonders die der Bierer-Kommission seien zweifellos auf gutem Wege, und bisher sei nichts eingetreten, das die Hoffnung vermindern könnte, daß man zu der nötigen Einmütigkeit des Beschlusses gelangen werde. Das Telegramm teilt weiter mit, daß in der Bierer-Kommission jedes Mitglied mit einer besonderen Aufgabe betraut worden sei. Es wurden vier Referate eingerichtet: Rechtsfrage, Bestimmung der Grenzen, Abstimmergebnis und wirtschaftliche Probleme. Jedes Mitglied kann zum Studium der ihm überwiesenen Frage Sachverständige zu Rate ziehen, die nicht alle dem Völkerbunde angehören müßten und von denen einige an Ort und Stelle geschickt werden könnten.

**Die Wahlen zum Schiedsgerichtshof.**

Dr. A. Genf, 14. Sept. (Drahtbericht unseres eigenen Berichterstatters.) Die Wahlen für die Mitglieder des internationalen Schiedsgerichtshofes wickeln sich nach einem überaus langwierigen und komplizierten Verfahren ab. Nach dem ersten Wahlgang setzte eine sehr ernste und verwickelte Debatte ein, die sich äußerlich um juristische Fragen drehte, hinter denen aber eine starke politische Tendenz sichtbar wurde. Der Antrag Fernandos, über den bereits berichtet wurde und der darauf hinauslief, dem Kongress bei den Sitzwahlen vollkommene Freiheit zu lassen, wurde schließlich angenommen. Nach dem ersten Wahlgang, bei dem von 11 Kandidaten neun befehligt worden waren, kam im zweiten Wahlgang die Nominierung des Amerikaners Moor zustande. Der dritte und vierte Wahlgang verlief erfolglos. Die Sitzung wurde daraufhin auf Nachmittags vertagt. In dieser Nachmittagsitzung waren nicht weniger als 12 Wahlgänge nötig, bevor man zu einem Resultat gelangte. Erst im achten Wahlgang vereinigte schließlich der Schweizer Kandidat Huber die absolute Mehrheit der Stimmen auf sich, womit dann der 11. und letzte Posten besetzt war.

Bekanntlich erfolgten, wie bereits gemeldet, getrennt von den Wahlen in der Vollversammlung zu gleicher Zeit auch Wahlen im Rate des Bundes. Es gingen folgende Kandidaten hervor: Altamira-Spanien, Barboza-Brasilien, de Bustamante-Cuba, Descamps-Belgien, Finlay-England, Loder-Holland, Moor-Bereinigte Staaten, Nyholm-Dänemark, Oba-Japan und Weiß-Frankreich. Die Wahlen im Rate untercheiden sich also von denen der Vollversammlung durch die Aufstellung von Nyholm-Dänemark und Descamps-Belgien. Dagegen sind vom Rate nicht gewählt worden der Schweizer Huber und der Vertreter Chiles, Albanos.

**Die Erfahrichter.**

Dr. A. Genf, 14. Sept. Die Wahl der Erfahrichter gestaltete sich besonders schwierig. An der Wahl beteiligten sich 42 Staaten. In 5 Wahlgängen führte sie zu keinem endgültigen Ergebnis. Von der Völkerbundsversammlung wurden nach mehreren Wahlgängen zu Erfahrichtern gewählt Alvarez-Chile, Negulescu-Rumänien, Wang-China und Jovanowitsch-Jugoslawien. Vom Rate wurden folgende Erfahrichter gewählt: Descamps-Belgien, Negulescu-Rumänien, Wang-China und Jovanowitsch-Jugoslawien. Damit waren drei von den Herren von der Völkerbundsversammlung und vom Rate endgültig zu Erfahrichtern gewählt, nämlich Negulescu, Wang und Jovanowitsch. Die Wahl des vierten Erfahrichters führte trotz noch mehrerer folgender Wahlgänge zu keinem Ergebnis, da die Völkerbundsversammlung stets Alvarez, der Rat dagegen Descamps mit Stimmenmehrheit wählte. Adachi-Japan schlug daher die Einsetzung einer Verständigungskommission vor, welcher Antrag von Prenting-Schweden unterstützt wurde. — Auf Antrag Finlay-England wurde hierauf beschlossen, die Wahl des Erfahrichters auf morgen zu verschieben, damit nicht die Mitglieder von Staaten gewählt würden, die bereits im Rate vertreten sind. Die Wahlschiedsrichter wurden damit für heute abgebrochen. Das Wort erhielt hierauf der englische Delegierte Sir Kennel Rodd, der erklärte, daß die Versammlung und der Völkerbundsrat

heute nicht auseinandergehen könnten, ohne des Todes wegen von Dank zu gedenken, der der erste war, der den Gedanken der internationalen Solidarität zum Ausdruck brachte. Bundesrat Motta-Schweiz und Sanoulet-Frankreich schlossen sich in warmen Worten der Ehrung Dantes an. Erlosa-Jugoslawien dankte der Versammlung für die dem großen Sohne seines Vaterlandes zuteil gewordene Ehrung.

Schluß der Sitzung 8 Uhr. Nächste Sitzung morgen vormittag 10 Uhr.

**Was wird mit den Sanktionen?**

!! Berlin, 14. Sept. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist noch keine Antwort des Obersten Rates in der Frage der Aufhebung der Sanktionen eingetroffen. Ueber die Absicht der französischen Regierung herrscht völlige Ungewißheit.

WTB. Bamberg, 14. Sept. Die ordentliche Rechtsabteilung des deutschen Juristentages trat heute vormittag unter dem Vorsitz des Kammergerichtspräsidenten Dr. von Staff-Berlin zusammen und beschäftigte sich mit den Sanktionen. Nach Referaten des Prof. Dr. Mäurer-Würzburg und des österreichischen Justizministers A. D. Dr. Klein-Wien wurde folgende Entschickung angenommen: Der deutsche Juristentag spricht als seine einmütige Rechtsüberzeugung aus, daß die sogenannten Sanktionen widerrechtliche Gewaltmaßnahmen sind. Sie verletzen den Verfaller Vertrag und das Völkerrecht.

**Poincarés Enthüllungen.**

Dr. A. Genf, 14. Sept. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Die Enthüllungen von Poincaré und Tardieu über die Vorgänge beim Friedensschluß beschäftigen noch immer die Pariser Öffentlichkeit. Die Ausführungen der Blätter geben beachtenswerte Aufschlüsse über die französische Auffassung von der durch den Verfaller Vertrag geschaffenen internationalen Lage und lassen insbesondere erkennen, daß man in nationalistischen französischen Kreisen die Hoffnung auf eine Revision des Vertrages im Sinne einer Festigung der deutschen Einheit noch immer keineswegs aufgegeben hat. Der „Clair“ glaubt, daß Poincaré mit seinen Enthüllungen einen Warnruf ausstoßen wollte und hofft, daß diese Warnung ihre Wirkung nicht verfehlen werde. Der Krieg dauere zur Stunde noch fort, und die internationale Finanz- sowie der Sozialismus ständen dabei auf Seiten Deutschlands.

Die „Action Française“ fragt sich, warum man Preußen im Osten zerstückelt habe, wenn man im Westen eine Abtrennung nicht wage. Können man etwa glauben, daß zum Beispiel Königsberg (gemeint ist wohl das Koradagebiet) nicht über kurz oder lang wieder zu Preußen zurückkehren werde, um Preußen in den Zustand zu versetzen, wie es vor der Zeit Friedrichs II. war, hätte man das ganze Deutschland in die Form zurückdrängen müssen, die es in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts hatte. Alle diese Diskussionen seien keineswegs zwecklos und verspätet; denn Frankreich werde sich weiterhin mit den Verhältnissen in Deutschland zu beschäftigen haben.

In Bezug auf die letztere Bemerkung ist der „Petit Parisien“ noch deutlicher und sagt, daß die Alliierten nur mit Rücksicht auf die Errichtung der republikanischen Form in Deutschland davon abgesehen hätten, das linke Rheinufer beim Friedensschluß von Deutschland abzutrennen, wie dies seitens der französischen Regierung vorgeschlagen worden war. Es versteht sich von selbst, daß, wenn ein militärischer Staatsstreich die Hohenzollern jetzt auf den Thron zurückführen würde, die Frage der Gründung eines neutralen Staates auf dem linken Rheinufer von neuem aufkommen würde, ebenso wie die Frage der ständigen Befestigung der Rheingrenze durch alliierte Truppen oder auch durch Frankreich und Belgien allein. Wenn die Mehrheit des deutschen Volkes diese Sachlage begriffen haben werde, werde die Republik in Deutschland für immer gesichert sein.

Poincaré selbst äußert sich über den Verfaller Vertrag abermals in einem Artikel der „Revue des deux Mondes“, allerdings diesmal mehr unter dem Gesichtspunkte der inneren französischen Politik. Poincaré gibt zu, daß der Vertrag für Deutschland eine große Enttäuschung bedeutete, betont jedoch, daß das Parlament und nicht die einzelnen Persönlichkeiten dafür die Verantwortung zu tragen hätten.

**Die Besatzungsfristen.**

J. Paris, 14. Sept. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Poincaré legt seine Diskussion mit Tardieu über die Vorgänge beim Friedensschluß im „Temps“ fort. Seine diesmahligen Ausführungen sind im wesentlichen als eine innerpolitische Polemik gegen Clemenceau und die damaligen französischen Unterhändler gedacht, enthalten jedoch auch beachtenswerte Anspielungen auf die gegenwärtige Lage. Insbesondere vertritt Poincaré die Auffassung, daß, solange Deutschland nicht allen seinen Verpflichtungen nachgekommen sei, die Besatzungsfristen noch nicht zu laufen begonnen haben. Diese Auffassung wird auch von dem früheren Ministerpräsidenten Lengues und von Millerand geteilt, und auch Briand hat den gleichen Standpunkt eingenommen.

Diese Aufforderung läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig, und wenn Goethe gerade im Faust und insbesondere in der Gestalt des Helenen seine Weltanschauung offenbart hat, so kann man wohl annehmen, daß auch in der Episode mit dem Fubel seine persönliche Abneigung gegen die Hunde zum Ausdruck gelangt ist.

In ungewöhnlich scharfer und seltener Form hat Goethe diese Abneigung in seinen Venezianischen Epigrammen ausgesprochen. Darunter findet sich folgende auffallende Strophe:

Wundern kann man sich nicht, daß Menschen die Hunde so lieben; Denn ein erdärmlicher Gestalt ist wie der Mensch, so der Hund.

Zu weiß nicht, ob in den didaktischen, gelehrten Vorlesungen über Goethe und den vielerlei Verurteilungen, seine Lebensauffassung und seine übervolle Gedankenwelt in allen ihren Tiefen zu ergründen, am Ende auch diesem Epigramm eine tiefere Deutung zuteil geworden ist, die in der äußerlichen, scharfen Form gewöhnlichen Sterblichen — aus solchen besteht ja wohl vorzugsweise die Menschheit — und insbesondere den Hunde- und Menschenfreunden unter ihnen nachhaken können, wenn sie ungeachtet der schuldigen Ehrfurcht vor dem Genius des Dichters über den vorerwähnten Auspruch nicht sonderlich erbaunt sind. Eine ähnliche Empfindung mag wohl auch Arthur Schopenhauer gehabt haben, als er auf das Goethe-Epigramm nachstehende Gegenstrophe dichtete:

Wundern darf es mich nicht, daß manche die Hunde verkümmern; Denn es bekümmert zu oft leider den Menschen der Hund.

Ziemlich bekannt ist die merkwürdige Tatsache, daß Goethe gewissermaßen durch einen Hund von seinem Posten als Intendant der Weimarer Hofbibliothek vertrieben wurde. Eine wandernde Schauspieltruppe kam auf ihren Gastspielreisen damals auch nach Weimar, um das historisch-romantische Geniebild des Franzosen Guilbert-Firicourt „Der Hund des Aubry“ — überseht von Caselli — aufzuführen. Das Stück, worin der Held ein Fubel ist, hatte bei den Aufführungen in Wien infolge des gemäßigten Andrangs sogar zu Schlägereien geführt und u. a. auch in München großen Erfolg gehabt. Goethe suchte das Gastspiel des Fubels mit allen Mitteln zu verhindern, während der Herzog, bestärkt durch die Intriquen einer einflussreichen Sängerin, darauf bestand. Das Stück wurde aufgeführt, Goethe indes legte daraufhin sein Amt als Intendant nieder. Wenn man berücksichtigt, daß unter Goethes Leitung die Weimarer Bühne sich sozusagen zu einer Hochburg für das klassische Drama entwickelt hatte, so kann man es dem Dichter des Faust am Ende noch

**Aus Baden.**

**Der badische Landtag**

tritt heute vormittag zu seiner 60. öffentlichen Sitzung zusammen, in der, wie schon früher gemeldet, der Gesetzentwurf über die badische Gemeindeordnung beraten wird; im Auftrag des Ausschusses für Rechtspflege und Verwaltung werden darüber die Abgeordneten Straub (Ztr.), Ged (Soz.) und Dr. Lejer (Dem.) berichten. Wie verlautet, wird Finanzminister Köhler dem Hause einen Gesetzentwurf vorlegen, durch den die Teuerungszuschläge zu den Besoldungen und Kinderzuschlägen für die badischen Beamten ebensoviele erhöht werden, wie dies vor kurzem für die Reichsbeamten geschehen ist. Durch die Erhöhung zugleich der Erhöhung der Ruhegehälter und Hinterbliebenenbezüge und der der Angestellten und Staatsarbeiter ergibt sich ein jährlicher Mehraufwand von ungefähr 73 Millionen Mark. Die Auszahlung der erhöhten Teuerungszuschläge wird bald nach der Genehmigung des Entwurfes durch den Landtag geschehen, weshalb heute schon der Haushaltungsansatz zusammengetrieben wird. Außerdem sollen die laufenden Bezüge der Beamten statt Ende des Monats bereits Anfang der nächsten Woche zur Auszahlung gelangen, um den Beamten die Eindeckung mit Wintervorräten zu ermöglichen.

Am Mittwoch waren die einzelnen Fraktionen im Landtagsgebäude versammelt und besprachen die bevorstehenden Beratungsgegenstände. Man nimmt an, daß der Landtag sich bald über die Anträge der Deutschnationalen wegen der Berliner Pressenote und der verbotenen Regimentsfeste unterhalten wird. Weiter verlautet in parlamentarischen Kreisen, daß wahrscheinlich lebhafteste politische Auseinandersetzungen bevorstehen. Außer mit der Gemeindevorordnung wird sich der Landtag alsbald mit den neuen Teuerungszuschlägen für die Staatsbeamten und Arbeiter, mit dem Gesetz über die fünfstufige Wohnungsabgabe und mit dem Grundstückspergeseß befassen. Der Landtag dürfte bis Anfang Oktober seine Arbeiten beenden haben.

**Das Verbot der Regimentsfeste.**

In der gestrigen Mittagsausgabe der „Badischen Presse“ haben wir eine amtliche Mitteilung der württembergischen Regierung wiedergegeben, nach der der württembergische Staatspräsident und der württembergische Minister des Innern es abgelehnt haben, ein Verbot der Regimentsfeste zu erlassen, da bisher der Regierung keine Klagen über verfassungswidrige Auswüchse bei ähnlichen Feiern vorgebracht worden sind. Mehrfach ist die Lage bei uns in Baden; auch hier ist es bis jetzt zu keinerlei Ausbreitungen bei solchen Veranstaltungen gekommen und sie wären auch bei den vorgezeichneten Feiern dieser Art kaum vorzukommen. Daher verstehen viele Kreise der badischen Bevölkerung das Verbot des badischen Ministeriums des Innern nicht. Wir sind nach wie vor der Ansicht, daß der Verbot von Regimentsfesten, die lediglich den Charakter von kameradschaftlichen Zusammenkünften tragen, keine Schwierigkeiten mehr in den Weg gelegt werden dürfen. Schriftstücke aus unserem Elektrizitäts zeigen uns fast täglich, daß das Verbot in beteiligten Kreisen scharf verurteilt wird. In den meisten Einwendungen lehrt die Frage wieder, warum denn nicht auch Veranstaltungen der Kommunisten untersagt würden. Wir wollen für heute nicht näher auf diese Angelegenheit eingehen, aber wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß das Verbot der Regimentsfeste, wenn die Zeiten wieder ruhiger geworden sind, aufgehoben wird.

**Wahntwort zum Gesetzentwurf über die Wohnungsabgabe**

Man schreibt uns: In der bevorstehenden letzten kurzen Tagung hat sich der Badische Landtag unter anderem mit dem Ausführungsgesetz zum Reichswohnungsabgabegesetz beschäftigt. Der Regierungsentwurf liegt seit einigen Wochen vor und hat bereits in der Presse verschiedentlich eine kritische Beurteilung gefunden. Er verdient weitgehende Beachtung, da er in seinen Grundzügen nicht nur für das Wohnungsgebiet, sondern überhaupt für die Grundrechte von Staat und Gemeinden von hervorragender Bedeutung ist. Unter den zahlreich aufgetauchten Wohnproblemen, wie sie kürzlich insbesondere in wichtigen Beschlüssen der Sozialversicherungskommission hervorgetreten sind, bleibt die Wohnungsabgabe gewiß ein wertvolles, wenn auch unzureichendes Mittel zur Bekämpfung dieser großen Volksnot. Als bester Gedanke aus ihr schält sich derjenige heraus, daß sämtliche Volkskräfte in Stadt und Land, ohne Rücksicht auf das Vorhandensein und den Umfang der örtlichen Wohnungsbedürfnisse zusammengefaßt werden, um durch gleichmäßig verteilte Opfer das Uebel dort jeweils am ernstlichsten zu bekämpfen, wo es am härtesten hervortritt. Dies sind in erster Linie die Großstädte. Zahlreiche mittlere und kleinere Städte, die schon in den Vorkriegsjahren eine mehr oder weniger große Wohnungsnot hatten, stehen hinter den großen Städten kaum zurück. Während das Land den halben Ertrag der Wohnungsabgabe zur eigenen Verfügung sich reservieren will, sollen die Gemeinden Zuschläge in den größeren Städten einerseits und allen übrigen Ge-



Drogerie Roth, Herrenstr. 26-28; Drogerie Tscherning, Amalienstr. 19

**Goethe — ein Feind der Hunde.**

Eine unmaßgebliche Betrachtung von Peter Hubert Veder, München.

Es dürfte manchen Verehrer Goethes überraschen, zu hören, daß unter großer Dichter die Hunde nicht leiden konnte und auch nie einen Hund besessen haben soll. Bedeutet man, daß unter den Tieren, der Hund das einzige Rebeiwesen ist, das sich dem Menschen rückhaltlos angeschlossen hat, das in keinem Herrn das Höchste verehrt und diesem Treue, Liebe und Gehorsam in einem Grade entgegenbringt, der bis zur sicheren Selbstvernichtung führen kann, so möchte man sich beinahe wundern, daß diese seltenen Charaktereigenschaften, überhaupt das ganze Wesen des Hundes, das in seiner Mannigfaltigkeit — wenigstens bei den besseren, gut gezogenen Exemplaren ihrer Gattung — für den feinen Beobachter eine Quelle der Unterhaltung ist, den allumfassenden Geist Goethes nicht anzuziehen vermochten.

Friedrich Theodor Vischer, der geistvolle Tübingen Philosoph, sagt in seinem Tagebuch, wenn Goethe die Hunde gern gehabt und selbst einen gehalten hätte, so wäre seine spätere Poesie natürlicher geblieben, und namentlich der zweite Teil des Faust, nicht gar so fleischlos ausgefallen. Hermann und Dorothea aber müßte man als vollkommen bezeichnet, wenn nicht eines darin fehlte: ein Hund. Ein solcher gehöre doch in ein Idyll.

Gält man die Auffassung Vischers für zutreffend, so könnte man ebenso auch aus dem ersten Teil des „Faust“ die Abneigung Goethes gegen die Hunde herauslesen; denn abgesehen von den wenigen artigen Begrüßungsworten, die Faust dem ihm zugelaufenen Fubel lediglich aus Gastfreundschaft widmet, wird man die sonstige Art der Behandlung und die Ausdrucksweise gegenüber dem Fubel wohl kaum als hundefreundlich bezeichnen können.

Amure nicht, Fubel! Zu den besten Tönen Die lebt meine ganze Seele! umfassen, Will der irdische Laut nicht passen!

Mit diesen Worten weist Faust den Fubel zurecht, der nach Hundebrauch offenbar versucht, sich dem neuen Herrn bemerkbar zu machen und dessen Freundschaft zu gewinnen. Faust indes hat dafür keinen Sinn, und eine Weile später stellt er dem Fubel die Alternative:

Soll ich mit dir das Zimmer teilen, Fubel, so laß das Geulen, So laß das Wollen! Soll ich einen stöhrenden Gesellen Mag ich nicht in der Nähe haben Einer von uns beiden, Wuh die Belle meiden. Ungern heb' ich das Gastrecht auf! Die Thür ist offen, hast freien Lauf!



meinden unter 10 000 Einwohnern andererseits nach dem Entwurf gang...

Gegen sie sind die schwerwiegendsten verfassungsrechtlichen Bedenken...

Ebenso müssen diese Wohnungsverbände vom allgemeinen politischen...

Der Staat bleibt es dann noch offen, wie beim Kreis den Kreis-

ihre Stimme erheben, die Kommunalverbandswirtschaft, die in allen...

Herr Haushaus (D. Durlach), 14. Sept. Anlässlich der Inbetrieb-

Bruchsal, 14. Sept. Nach einem arbeitsreichen Leben verschied...

Heidelberg, 14. Sept. Der junge Mann, der sich bei St.

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 15. September 1921.

Endgültige Abfindung der ehem. Kriegsgefangenen auf...

Die Reichsregierung hat zur endgültigen Abfindung der...

Die Abfindung der Forderungen der ehem. Kriegsgefangenen...

Anträge dieser Art sind bis spätestens 30. September...

Heimkehrer, welche bereits Anträge auf Vöhrungsbeihilfe...

Ortsgruppen des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten oder der...

Alle Anträge der Kriegsgefangenen, welche sich nicht auf Vöhr-

Kenntlichmachung der Feuermelder. Das städt. Gas-, Wasser...

Wettbewerb für Grabkreuze und Gedenkstätten aus Holz. Das...

Von den Delibemmer Volksausstellungen. An die Seite der reichen...

Musica aus den Ständebüchern Karlsruhe.

Geburten. 9. Sept.: Hoff Oskar Bild., Vater Oskar Gottschlich...

Zum Beginn des 42. deutschen Arztetages in Karlsruhe.

Tagung des Leipziger Arztverbandes. - Ueberfüllung des ärztlichen Berufes.

Der 42. ordentliche deutsche Arztetag findet in diesen Tagen...

Der Begrüßung der bereits gestern eingetroffenen Teilnehmer...

Der eigentliche deutsche Arztetag wird morgen Freitag vor-

Heute, Donnerstag abend, finden sich alle Teilnehmer zu...

Herzlich willkommen in der badischen Landeshauptstadt!

Tagung des Leipziger Verbandes.

Nach den zu einem erheblichen Teil von Ärzten bestrittenen...

Der Gründer und Vorsitzende dieses Verbandes, San-Rat Dr.

zurückhaltender Schätzung kommt man auf annähernd 36 000...

Die Unmöglichkeit, sich in solchen Orten mit auch nur geringer...

In langen Aussprachen wurden bei der gestrigen Sitzung...

Zur Ausbildung eines ausreichenden ärztlichen Nachwuchses...

Das Gesamtergebnis der Aussprache war eine Zustimmung...

Advertisement for DEGEA Elektrischer Kocher D. R. P. featuring an image of the electric cooker and descriptive text in German.











